NRW

Windkraftstudie bekräftigt Ziele

[25.02.2021] Eine Windpotenzialstudie bekräftigt die Ziele der Energieversorgungsstrategie in Nordrhein-Westfalen. Bis 2030 soll die vorhandene installierte Leistung der Windkraft auf 10,5 Gigawatt verdoppelt werden.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens strebt mit der Energieversorgungsstrategie ein starkes Wachstum bei erneuerbaren Energien an. So soll bis zum Jahr 2030 die vorhandene installierte Leistung der Windkraft auf 10,5 Gigawatt verdoppelt werden. Dieses Ziel ist auch mit den geplanten Mindestabständen von 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten erreichbar. Das ist das Zwischenergebnis der Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW – Windenergie, die das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellt hat. „Das Land legt bei der Windenergie Wert auf nachhaltige Akzeptanz und einen verantwortlichen Ausbau. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Länderöffnungsklausel, die es uns ermöglicht, Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung gesetzlich festzulegen. Von dieser Möglichkeit machen wir Gebrauch. Das bietet die Chance, einen guten Kompromiss zwischen dem notwendigen Ausbau der Windenergie und der Akzeptanz in der Bevölkerung rechtssicher im Gesetz zu verankern“, erklärt Landeswirtschafts- und Energieminister Andreas Pinkwart.
Die Potenzialstudie wertet verschiedene Szenarien für den Windkraftausbau aus. Diese orientieren sich unter anderem an der geplanten Regelung der Landesregierung, einen Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung im Baurecht zu verankern. Die Zwischenergebnisse des Leitszenarios Energieversorgungsstrategie zeigen, dass bis 2030 eine installierte Leistung von bis zu 14,6 GW möglich ist. Das tatsächlich nutzbare Potenzial dürfte geringer ausfallen, da bei den Zwischenergebnissen Faktoren wie Artenschutz oder Vorgaben der kommunalen Flächennutzungspläne nicht berücksichtigt sind. Durch die künftig höheren Mindestabstände für den Schallschutz kommt es hingegen zu keinen größeren Potenzialminderungen.

(ur)

Die Zwischenergebnisse der Potenzialstudie

Stichwörter: Windenergie, Nordrhein-Westfalen, Politik